

## BFH – Anhängige Verfahren

■ **AO § 175b Abs 1:**

*Kirchensteuer, Bestandskraft, Bescheidänderung*

**Bundesfinanzhof Az: I R 6/21**

Kann eine bestandskräftige Kirchensteuerfestsetzung gemäß § 175b AO aufgehoben werden?

■ **AO § 218 Abs 2:**

*Abrechnungsbescheid, Steuerpflicht, Lohnsteuer, Öffentliche Kasse*

**Bundesfinanzhof Az: VII R 13/21**

Ist für Arbeitslohn, den das Bistum einem in Brasilien wohnenden Priester für dessen Tätigkeit in Brasilien gezahlt hat, Lohnsteuer einzubehalten, weil inländische Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit vorliegen? Wurde der Arbeitslohn aus einer öffentlich-rechtlichen Kasse gezahlt?

■ **AO § 52 Abs 2:**

*Einflussnahme, politische Willensbildung, Verein, Verfassung, Versagung, Gemeinnützigkeit, Zweck, Steuerbegünstigung, politische Partei, Vereinigungsfreiheit*

**Bundesverfassungsgericht Az: 1 BvR 697/21**

Gemeinnützigkeit und politische Betätigung  
--Verfassungsbeschwerde--

■ **AStG § 20 Abs 2 S 2:**

*Doppelbesteuerung, Besteuerungsrecht, Betriebsstätte, Zwischeneinkünfte, Außensteuerrecht, Anrechnungsmethode, Freistellungsmethode*

**Bundesfinanzhof Az: I R 4/21**

Ist § 20 Abs. 2 Satz 2 AStG unanwendbar, wenn das maßgebliche DBA eigene Aktivitätsklauseln für Betriebsstätteneinkünfte enthält?

■ **BewG § 11 Abs 2 S 2:**

*Gesonderte Feststellung, Kapitalanlagegesellschaft, Gemeiner Wert, Substanzwert*

**Bundesfinanzhof Az: II R 15/21**

Kann der gemeine Wert eines Anteils an einer Kapitalgesellschaft gem. § 11 Abs. 2 Satz 2 BewG auch aus der (freiwilligen) Einziehung von Geschäftsanteilen abgeleitet werden, sodass der Substanzwert als Untergrenze nicht zum Tragen kommt, oder steht dies dem Kriterium "unter fremden Dritten" entgegen? Reicht es für die Ableitung aus, dass die schuldrechtliche Vereinbarung (Verpflichtungsgeschäft) über die Einziehung der Geschäftsanteile vor dem Bewertungsstichtag erzielt wurde, oder muss der Beschluss der Gesellschafterversammlung (Verfügungsgeschäft) ebenfalls vor dem Bewertungsstichtag gefasst worden sein?

■ **ESStG § 10 Abs 1 Nr 3 Buchst a S 3:**

*Sonderausgabe, Krankenversicherung, Unfallversicherung, Werbungskosten, Aufteilung, Schweiz, Grenzgänger, Arbeitnehmer*

**Bundesfinanzhof Az: X R 1/21**

Wie sind Prämien zur obligatorischen Schweizer Unfallversicherung für die Versicherung der Nichtberufsunfälle bei in der Schweiz als Grenzgänger beschäftigten Arbeitnehmern steuerrechtlich zu beurteilen?

■ **ESStG § 10 Abs 1 Nr 3 S 2:**

*Krankenversicherung, Beitrag, Kind, Änderung, Elektronische Übermittlung*

**Bundesfinanzhof Az: X R 5/21**

1. Ist die Änderung eines Steuerbescheids zu Lasten des Steuerpflichtigen nach § 175b Abs. 1 AO (wie bei § 175 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 AO, aber im Gegensatz zu § 129, § 173 Abs. 1 Nr. 1 und § 173a AO) auch dann zulässig, wenn die fehlerhafte Berücksichtigung übermittelter Daten auf einem Rechtsanwendungs- bzw. Ermittlungsfehler der Finanzbehörde beruht? 2. Hier: Ist die Änderung eines Einkommensteuerbescheids nach § 175b Abs. 1 AO zulässig, wenn die von der Versicherungsgesellschaft zur Steueridentifikationsnummer der Kindsmutter übermittelten Daten zu Krankenversicherungsbeiträgen, die für ein Kind geleistet wurden, die Angabe enthalten, dass der nicht mit der Kindsmutter verheiratete Kindsvater Versicherungsnehmer ist, und das FA die Beiträge im ursprünglichen Bescheid bei der Kindsmutter abgezogen hat, die materiell-rechtlich aber nicht zum Abzug berechtigt ist (Rechtslage vor 2020)?

- **EStG § 10b Abs 1 S 8 Nr 2:**  
*Spendenhaftung, Spende, Verein, Spendenbescheinigung, Mitgliedsbeitrag, Gemeinnützige Zwecke, Musiker*

**Bundesfinanzhof Az: X R 7/21**

Ist im Rahmen des § 10b Abs. 1 Satz 8 Nr. 2 EStG das Merkmal "in erster Linie der Freizeitgestaltung dienen" derart zu bestimmen, dass die verschiedenen Betätigungen der Körperschaft zueinander in Beziehung gesetzt und gewichtet werden, um dann bei einem quantitativen Überwiegen eines der Bereiche die Abzugsfähigkeit der Mitgliedsbeiträge entweder ganz anzuerkennen oder ganz zu versagen? Würde dieser Ansatz im Ergebnis bedeuten, den Abzug der Mitgliedsbeiträge regelmäßig zu versagen, weil bei einem gemeinnützigen, ausbildenden Musikverein der vorliegenden Art selbstverständlich auch in nicht unerheblichem Maß die Freizeitgestaltung der Mitglieder im Rahmen des Orchesterbetriebs betroffen ist und eine Abgrenzung und/oder Gewichtung der einzelnen Förderzwecke regelmäßig nicht einwandfrei möglich sein wird? Kommt es --entsprechend der Vorgängerregelung in § 48 Abs. 4 Satz 2 EStDV a.F.-- bei gleichzeitiger Förderung von beitragschädlichen und beitragsunschädlichen Zwecken zu einer "Gesamtinfektion" der Mitgliedsbeiträge? Dürfen für die Mitgliedsbeiträge Zuwendungsbestätigungen nach amtlichen Vordruck erteilt werden, wenn der Verein kulturelle Betätigungen fördert, die für sich genommen in erster Linie der Freizeitgestaltung dienen?

- **EStG § 13:**  
*Land- und forstwirtschaftlicher Betrieb, Betriebsaufgabe, Grundstücksveräußerung, Vertrauensschutz, Billigkeitserlass*

**Bundesfinanzhof Az: VI R 3/21**

Aufgabe eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes, ertragsteuerliche Folgen einer Grundstücksveräußerung: Kann konkret-individueller Vertrauensschutz zu gewähren sein, wenn durch konkrete Auskünfte (Auskünfte der Veranlagungsstelle und Prüfungsergebnisse verschiedener Betriebsprüfungen) eine für sich betrachtet keinen Vertrauensschutz gewährende abstrakt-generelle Verwaltungsvorschrift (Verfügung der OFD Münster vom 07.01.1991) lediglich auf den Einzelfall angewendet wird?

- **EStG § 15 Abs 1 S 1 Nr 2:**  
*Überentnahme, Doppelstöckige Personengesellschaft, Reinvestitionsrücklage, Übertragung, Finanzierung, Schuldentilgung*

**Bundesfinanzhof Az: IV R 8/21**

Überentnahmen bei mehrstöckiger Personengesellschaft: Ist die Übertragung einer Reinvestitionsrücklage gemäß § 6b EStG von der Muttergesellschaft auf die Tochtergesellschaft bei der Ermittlung der Überentnahmen wie eine Einlage zu berücksichtigen? Ist

eine teleologische Reduktion der streng gesellschaftsbezogenen Betrachtungsweise dahingehend geboten, dass zur konzerninternen Schuldentilgung verwendete Entnahmen keine Entnahmen im Sinne des § 4 Abs. 4a EStG sind?

■ ***EStG § 18 Abs 1 Nr 1:***

*Freiberufler, PKW, Angemessenheit, Privatnutzung, Fahrtenbuch, Ordnungsmäßigkeit*

**Bundesfinanzhof Az: VIII R 12/21**

Kann die Unleserlichkeit von Fahrtenbüchern durch ein nachträglich erstelltes Transkript geheilt werden mit der Folge, dass die rein betriebliche Nutzung der Fahrzeuge erbracht und ein Privatanteil nach der 1 %-Regelung nicht anzusetzen ist? Kann eine "im Vordergrund stehende private Motivation" ungeachtet der Höhe von Einnahmen und Einkünften und der Bedeutung des Repräsentationsaufwands für den Geschäftserfolg die Unangemessenheit von Aufwendungen für einen Sportwagen der Luxusklasse begründen?

■ ***EStG § 20 Abs 1 Nr 7 S 3:***

*Kapitaleinkünfte, Negative Einnahme, Erstattungszinsen, Rückzahlung*

**Bundesfinanzhof Az: VIII R 8/21**

Sind bei Rückzahlung bereits vereinnahmter und versteuerter Erstattungszinsen aufgrund einer im Rahmen des § 233a Abs. 5 AO geänderten Zinsfestsetzung negative Einnahmen aus Kapitalvermögen nur insoweit zu berücksichtigen, als die gegenläufigen Zinsfestsetzungen auf denselben Unterschiedsbetrag und denselben Zeitraum entfallen?

■ ***EStG § 20 Abs 1 Nr 7:***

*Darlehensvertrag, Widerruf, Zinsen, Rückabwicklung, Entschädigung, Prozesskosten, Außergewöhnliche Belastung*

**Bundesfinanzhof Az: VIII R 11/21**

Handelt es sich bei der von einer Bank nach Widerruf eines Darlehensvertrags zur Abgeltung der gegenseitigen Ansprüche geleisteten Vergleichszahlung um steuerpflichtige Kapitalerträge? Handelt es sich bei den Kosten des mit der Bank geführten Zivilrechtsstreits um außergewöhnliche Belastungen?

- **ESStG § 20:**  
*Kapitaleinkünfte, Vermögensverwaltung, Fondsgesellschaft, Einkünfteverteilung, Tätigkeitsvergütung*

**Bundesfinanzhof Az: VIII R 3/21**

Steuerliche Behandlung des Carried Interest bei einer vermögensverwaltend tätigen Personengesellschaft (Private Equity Fonds): Handelt es sich bei dem Carried Interest um einen originären Gewinnanteil, der Gegenleistung für den von den Initiatoren geleisteten Gesellschafterbeitrag ist, und ist daher die kapitaldisproportionale Ergebnisverteilung im Streitfall anzuerkennen? Findet die Umqualifizierung der Einkünfte gemäß § 18 Abs. 1 Nr. 4 EStG auf Gesellschafter- oder auf Gesellschaftsebene statt?

- **ESStG § 21 Abs 2 S 2:**  
*Vermietung, Einkünfteerzielungsabsicht, Ortsübliche Miete, Totalüberschussprognose, Wohnfläche, Einfamilienhaus, Typisierung, Ausnahmen, Nahe Angehörige*

**Bundesfinanzhof Az: IX R 17/21**

Vermietung von drei vollfinanzierten Einfamilienhäusern an jeweils eines der drei Kinder und deren Ehepartner mit einer jeweiligen Wohnfläche von weit über 250 qm  
Ist trotz Erfüllung des Tatbestands einer entgeltlichen Vermietung i.S. von § 21 Abs. 2 Satz 2 EStG mit mindestens 66 Prozent der ortsüblichen Miete in Fällen der Vermietung eines aufwendig gestalteten Wohngebäudes (im konkreten Fall Einfamilienhaus mit weit über 250 qm Wohnfläche) eine Totalüberschussprognose angezeigt?

- **ESStG § 21:**  
*Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, Einkunftssphäre, Vermögenssphäre, Werbungskosten, Zins, Swap, Fremdwährung, Darlehen, Kursverlust, Wechselkursrisiko*

**Bundesfinanzhof Az: IX R 15/21**

Mehrbelastung aus einer Zinsoptimierung im Rahmen einer Schweizer-Franken-Finanzierung eines vermieteten Immobilienobjekts  
Kann ein bei Auslaufen eines Zins-Währungs-Swaps aufgrund von Währungsschwankungen zu entrichtender Mehrbetrag der Einkunftssphäre mit Werbungskostenabzug zugeordnet werden?

- **ESStG § 4 Abs 3 S 1:**  
*Doppelbesteuerung, Besteuerungsrecht, Gold, Gewinnermittlungsart, Wahlrecht, Negativer Progressionsvorbehalt*

**Bundesfinanzhof Az: I R 5/21**

Kein "Wahlrecht" zur Überschussrechnung für Gesellschafter einer nach englischem Recht bilanzierenden Personengesellschaft (Partnership)?

- **ESStG § 7g Abs 1:**  
*Investitionsabzugsbetrag, Anteilserwerb, Mitunternehmer, Gesamthandsvermögen*

**Bundesfinanzhof Az: IV R 11/21**

Kann wegen des beabsichtigten Erwerbs eines Mitunternehmeranteils ein Investitionsabzugsbetrag hinsichtlich der bereits zum Gesamthandsvermögen der Mitunternehmerschaft gehörenden Wirtschaftsgüter gebildet werden?

- **ESStG § 90 Abs 3a:**  
*Altersvorsorgezulage, Rückforderung, Fehler*

**Bundesfinanzhof Az: X R 9/21**

Wie sind Rückforderungsfälle von zu Unrecht gezahlten Altersvorsorgezulagen nach Einführung des § 90 Abs. 3a EStG ab dem 01.01.2018 zu würdigen? Ist ein Rückgriff auf § 37 Abs. 2 AO weiterhin zulässig?

- **GrEStG § 1 Abs 1 Nr 1:**  
*Grunderwerbsteuer, Grundstückskaufvertrag, Erschließungskosten*

**Bundesfinanzhof Az: II R 9/21**

Sind die bei dem Erwerb eines noch nicht erschlossenen Grundstücks in dem Gesamtpreis enthaltenen, bei Vertragsabschluss der Höhe nach noch unbestimmten, Ersterschließungskosten in die Bemessungsgrundlage für die Grunderwerbsteuer mit einzubeziehen, wenn eine gesonderte vertragliche Verpflichtung für die Ersterschließung zwischen der Grundstücksveräußerin und der Gemeinde besteht, auf welchen in dem Grundstückskaufvertrag verwiesen wird?

■ **InsO § 55 Abs 4:**

*Insolvenz, Insolvenzverwalter, Masseverbindlichkeit, Einkommensteuer, Aufgabe-  
gewinn, Veräußerungsgewinn*

**Bundesfinanzhof Az: X R 36/20**

Einordnung von Einkommensteuerverbindlichkeiten als Masseverbindlichkeit gemäß § 55 Abs. 4 InsO (in der bis zum 31.12.2020 gültigen Fassung): 1. Stellen die seit der Bestellung des vorläufigen Insolvenzverwalters (mit Zustimmungsvorbehalt und dem Recht zum Forderungseinzug) begründeten Einkommensteuerschulden im Zusammenhang mit einer Grundstücksvermietung sowie einer mitunternehmerischen Beteiligung an einer Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG Masseverbindlichkeiten i.S. von § 55 Abs. 4 InsO dar? 2. Führt ein Aufgabe- bzw. Veräußerungsgewinn zu einer Masseverbindlichkeit nach § 55 Abs. 1 Nr. 1 InsO, wenn der Insolvenzschuldner mit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens gemäß § 161 Abs. 2 i.V.m. § 131 Abs. 3 Nr. 2 HGB als Kommanditist aus der Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG ausscheidet?

■ **KStG § 14 Abs 1:**

*Organschaft, Blockwahlrecht, Quellensteuer, Zurechnung*

**Bundesfinanzhof Az: I R 1/21**

Blockwahlrecht zu § 8b Abs. 8 KStG für die Jahre 2001 bis 2003: Ausschluss der Organschaftszurechnung und Folgen für die Anrechnung ausländischer Quellensteuer 1. Schließt die Übergangsregelung des § 8b Abs. 8 Satz 6 i.V.m. § 34 Abs. 7 Satz 8 Nr. 2 Satz 2 KStG 2002 i.d.F. des sog. Korb II-Gesetzes nach Ausübung des sog. Blockwahlrechts für die Jahre 2001 bis 2003 die Einkommenszurechnung im Rahmen eines Organschaftsverhältnisses nach § 14 Abs. 1 KStG aus, wenn die gesamten vom entsprechenden Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen erzielten Einkünfte bzw. die Summe und der Gesamtbetrag der Einkünfte sowie dann auch das Einkommen negativ sind? Greift die Regelung nicht nur dann ein, wenn die Einkünfte aus Beteiligungen i.S. von § 8b KStG negativ sind? 2. Kann bei einer Organgesellschaft angefallene ausländische Quellensteuer nur dann nach § 19 Abs. 1 i.V.m. § 26 KStG auf die beim Organträger festzusetzende Körperschaftsteuer angerechnet werden, wenn das Einkommen der Organgesellschaft mit den entsprechenden ausländischen Einkünften dem Organträger nach § 14 Abs. 1 KStG zuzurechnen ist?

■ **KStG § 5 Abs 1 Nr 9 S 1:**

*Gemeinnützigkeit, Zweckbetrieb, Abrechnung, Verein, Wohlfahrtspflege, Hilfsperson*

**Bundesfinanzhof Az: V R 19/21**

Erfüllen die von einem Verein durchgeführten Abrechnungen von Krankentransporten und Notfallrettungen gegenüber Sozialleistungsträgern für fremde Leistungserbringer die Voraussetzungen eines (steuerbegünstigten) Zweckbetriebs i.S. der §§ 65, 66 AO?

- **KStG § 8 Abs 3 S 2:**  
*Verdeckte Gewinnausschüttung*

**Bundesfinanzhof Az: I R 2/21**

Zur Vorteilsgeneigntheit bei vGA in Gestalt einer verhinderten Vermögensmehrung Liegt eine vGA i.S. des § 8 Abs. 3 Satz 2 KStG auf der Grundlage einer verhinderten Vermögensmehrung nur dann vor, wenn die verhinderte Vermögensmehrung auf der Ebene der Gesellschaft einen korrespondierenden Vorteil auf der Ebene des Gesellschafters oder eines diesem nahestehenden Dritten begründen kann?

- **KStG § 8b Abs 1:**  
*Wirtschaftliches Eigentum, Wertpapierleihe, Sicherungsübereignung*

**Bundesfinanzhof Az: I R 3/21**

Wirtschaftliches Eigentum an zur Sicherheit übertragenen Aktien bei "strukturierter Wertpapierleihe" 1. Ist bei einer als "strukturierte Wertpapierleihe" bezeichneten Gestaltung, bei der als Sicherheit für die vom Verleiher im Rahmen eines Wertpapierdarlehens ("Wertpapierleihe") übertragenen Wertpapiere vom Entleiher für die Dauer der Laufzeit immer wieder Aktien kurz vor dem Dividendenstichtag an den Verleiher übertragen und nach der Dividendenausschüttung gegen andere Aktien, für die eine Dividendenausschüttung anstand, getauscht wurden und bei der der Verleiher für die Dividenden, die ihm aus den zur Sicherheit übertragenen Aktien ausgeschüttet wurden, Kompensationszahlungen in Höhe der Bruttodividende an den Entleiher gezahlt hat, das wirtschaftliche Eigentum an den Aktien beim Entleiher verblieben? 2. Ist der Verleiher daher nicht berechtigt, für die Dividenden die Steuerfreiheit nach § 8b Abs. 1 KStG in Anspruch zu nehmen und die Kompensationszahlungen als Betriebsausgaben abzuziehen?

- **UmwStG § 24 Abs 4:**  
*Personengesellschaft, Verschmelzung, Gesamtrechtsnachfolge, Verlustausgleich, Verlustvortrag, Rückbeziehung*

**Bundesfinanzhof Az: IV R 6/21**

Existiert bei einer Vermögensübertragung im Wege der Gesamtrechtsnachfolge durch Verschmelzung zweier Personengesellschaften aufgrund der Rückwirkung nach § 24 Abs. 4 UmwStG zum Einbringungszeitpunkt steuerlich nur noch eine Gesellschaft mit der Folge, dass die bis zum Ablauf des steuerlichen Übertragungstichtags erzielten Gewinne der übernehmenden Gesellschaft mit den laufenden und den auf den 31.12. des Vorjahres festgestellten verrechenbaren Verlusten der übertragenden Gesellschaft zu verrechnen sind?



- **UmwStG § 24 Abs 4:**  
*Personengesellschaft, Verschmelzung, Gesamtrechtsnachfolge, Gewerbeverlust, Verlustvortrag, Rückbeziehung*

**Bundesfinanzhof Az: IV R 7/21**

Existiert bei einer Vermögensübertragung im Wege der Gesamtrechtsnachfolge durch Verschmelzung zweier Personengesellschaften aufgrund der Rückwirkung nach § 24 Abs. 4 UmwStG zum Einbringungszeitpunkt steuerlich nur noch eine Gesellschaft mit der Folge, dass die bis zum Ablauf des steuerlichen Übertragungstichtags erzielten Gewinne der übernehmenden Gesellschaft mit den laufenden und den auf den 31.12. des Vorjahres festgestellten verrechenbaren Verlusten der übertragenden Gesellschaft zu verrechnen sind?

- **UStG § 12 Abs 2 Nr 11:**  
*Ermäßigter Steuersatz, Beherbergung, Verpflegung, Nebenleistung*

**Bundesfinanzhof Az: XI R 7/21**

Umsatzsteuerrechtliche Behandlung von Frühstücksleistungen im Rahmen eines Pauschalangebotes einer Fremdenpension: Entspricht das in § 12 Abs. 2 Nr. 11 Satz 2 UStG angeordnete Aufteilungsverbot, wonach Verpflegungsleistungen nicht unmittelbar der Vermietung dienen und deshalb nicht ermäßigt besteuert werden, auch nach dem Ergehen des EuGH-Urteils Stadion Amsterdam vom 18.01.2018 - C-463/16 (EU:C:2018:22) noch Unionsrecht?

- **UStG § 14c:**  
*Unberechtigter Steuerausweis, Realteilung, Vollbeendigung, Gesellschafter*

**Bundesfinanzhof Az: V R 3/21**

Rechtssubjekt für zu Unrecht ausgewiesenen Steuerbetrag im Rahmen einer Realteilung: Wird die von einem vertretungsberechtigten Gesellschafter einer aufgelösten GbR im Namen der GbR ausgestellte Rechnung über einen unter § 14c UStG fallenden Vorgang nur dem Gesellschafter nach § 14c UStG zugerechnet?

- **UStG § 15 Abs 1 S 1 Nr 1 S 1:**  
*Vorsteuerabzug, Unentgeltliche Überlassung, Gesellschafterbeitrag, kommunale Auflage, Unmittelbarer Zusammenhang, Stromproduktion*

**Bundesfinanzhof Az: V R 11/21**

Zur Frage des Vorsteuerabzugs bei unentgeltlicher Erfüllung von kommunalen Auflagen als Voraussetzung für die Aufnahme der Stromproduktion: 1. Ist ein Windenergieerzeuger, der für den Erhalt der Bau- und Betriebsgenehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz bauplanungsrechtliche Auflagen der Ortsgemeinde in Bezug auf die Erprobung der Stromspeichertechnologie zu erfüllen und hierzu einen (unentgeltlichen) Gesellschafterbeitrag in Gestalt der Überlassung eines zu Forschungszwecken bebauten Grundstücks zu leisten hat, zum Vorsteuerabzug aus den bezogenen Eingangsleistungen zur Errichtung des Energiespeichergebäudes berechtigt? 2. Liegt der für die Inanspruchnahme des Vorsteuerabzugs erforderliche unmittelbare Zusammenhang zwischen den Eingangsumsätzen aus Bauleistungen für den Gesellschafterbeitrag und den Ausgangsumsätzen aus Stromproduktion auch dann vor, wenn sich die Erfüllung der planungsrechtlichen Auflagen als Voraussetzung für die Aufnahme der Stromproduktion und damit als allgemeines Kostenelement der Windenergieunternehmung darstellt?

- **UStG § 15 Abs 1 S 1 Nr 1:**  
*Vorsteuerabzug, Gemeinde, Unmittelbarer Zusammenhang, Betrieb gewerblicher Art*

**Bundesfinanzhof Az: XI R 10/21**

Vorsteuerabzug aus den Kosten für die Errichtung einer Hängeseilbrücke Besteht zwischen der Errichtung einer Hängeseilbrücke und den umsatzsteuerpflichtigen Einnahmen aus der Bereitstellung von Parkplätzen durch eine Ortsgemeinde ein direkter und unmittelbarer Zusammenhang, so dass die Ortsgemeinde den Vorsteuerabzug aus den Kosten für die Errichtung der Hängeseilbrücke - insbesondere aus den Bau- und Planungskosten der Hängeseilbrücke sowie teilweise aus den Kosten für ein Besucherzentrum und den Kosten für Erstellung und Betrieb einer Internetseite - geltend machen kann?

- **UStG § 20:**  
*Vereinnahmte Entgelte, Widerruf, Ermessen, Missbrauch*

**Bundesfinanzhof Az: XI R 5/21**

Widerruf einer Gestattung zur Besteuerung der Umsätze nach vereinnahmten Entgelten: Unter welchen Voraussetzungen und bis wann ist der Widerruf einer Gestattung zur Besteuerung der Umsätze nach vereinnahmten Entgelten wegen Missbrauchs oder Gefährdung des Steueraufkommens gerechtfertigt?